



Ortsgruppe Kehl
Nikolai Prokob
Kinzigallee 20
77694 Kehl
Tel. 0033658023738
Nikolai.Prokob@adfc-bw.de

ADFC Kehl | Nikolai Prokob | Kinzigallee 20 | 77694 Kehl

Kehler Zeitung
An Daniel Wunsch
Per email

CC Stadt Kehl

Bankverbindung
BIC: SOLADES1KEL
IBAN: DE96 6645 1862 0000 1526 29
Steuernummer
USt-ID-Nr.: DE 190608166

Soziale Medien:
twitter.com/AdfcKehl
facebook.com/ADFCKehl

Website:
<https://www.adfc-bw.de/ortenu/aktiv-im-ortenukreis/og-kehl-1/>



Kehl, den 16.10.22

Stellungnahme des ADFC zur Pressemitteilung der CDU/FDP Fraktion zur Radverkehrsreform in Kehl

Die Stadt Kehl gab im Juni 2022 bekannt, dass sie einen Plan zur Umstrukturierung des Kehler Radwegenetzes durch die Umwandlung von 5 Straßen in Fahrradstraßen erstellt hat. Der ADFC Kehl schlug am 13. Juli 2022 vor, diesen Plan mit allen politischen Fraktionen zu diskutieren und hat sie einzeln angeschrieben. Von der CDU und FDP erhielten wir keine Antwort. In der Pressemitteilung der Stadt vom 13.10.22 wurde dieses Vorhaben noch einmal beschrieben, als Auftakt für die Stadtratssitzung am 19.10.22.

Am 15. Oktober haben CDU und FDP eine Pressemitteilung herausgegeben, in der sie die Verallgemeinerung von Tempo 30-Zonen anstelle von Fahrradstraßen fordern. Der ADFC-Kehl möchte zu den verschiedenen Argumenten des unerwarteten und äußerst spät kommenden Gegenvorschlags der CDU-FDP (*hier kursiv*) direkt Stellung nehmen.

1) Die Notwendigkeit der Neubewertung des gesamten Verkehrsnetzes in Kehl, da sich Änderungen ergeben haben (Pfarrgasse, Oberländerstr.).

Die CDU/FDP verweist auf die starke Autonutzung in diesen Straßen nach der Einführung des Tram-/Bussystems. Dies hat keinen direkten Einfluss auf den Vorschlag der Stadt bezüglich der Fahrradstraßen.

2) Die Kombination einer Tempo-30-Zone mit den Änderungen der STvO im April 2020 (z.B. 1,5 m Abstand beim Überholen eines Radfahrers durch ein Auto) bedeutet, dass das Konzept der Fahrradstraße obsolet ist. Autos auf einer Fahrradstraße machen das Konzept unbrauchbar.

Alle Verkehrsexperten beharren auf der Notwendigkeit von Fahrradstraßen, um die Zahl der Fahrradfahrer zu erhöhen, da sie ein Gefühl der Sicherheit vermitteln. Das Polizeipräsidium Offenburg unterstützt das Konzept der Fahrradstraße als wichtig, insbesondere für Schulkinder auf dem Weg zur Schule. Die Fahrradstraße gleicht die Kräfteverhältnisse zwischen Autos und Fahrrädern aus, um Konflikte zu verringern. Sie führt kein Nischendasein, sondern wird in ganz Deutschland umgesetzt.

3) Eine Tempo-30 Regelung wird die gleiche Wirkung auf den Fahrradverkehr haben wie eine Regelung für die Fahrradstraße.

Dieser fehlerhaften Gleichung widersprechen wir aus folgenden Gründen entschieden:

a) Dieses Argument wurde bereits entkräftet, als die Umwandlung der Friedhofstr. innerhalb einer Tempo-30-Zone in eine Fahrradstraße vorgestellt und 2020 beschlossen wurde, was zu einem erheblichen Anstieg der Fahrradfahrerzahlen führte. Wir sollten nicht in der Vergangenheit stecken bleiben.

b) Eine Tempo-30 Zone beinhaltet automatisch Rechts-vor-Links und ermöglicht keine Vorfahrtstraße, wobei für die vorgeschlagenen Straßen keine Ausnahmen möglich sind, da der ÖPNV nicht auf ihnen fährt.

c) Ein Radfahrer fühlt sich auf einer Straße mit Vorfahrt nicht nur sicherer, sondern ist es auch. Rechts-vor-Links verlangsamen zwar den Verkehr, erhöhen aber das Unfallrisiko, weil man in Sekundenbruchteilen entscheiden muss und an Kreuzungen häufig im toten Winkel fährt.

d) Glauben CDU und FDP wirklich, dass mehr Menschen vom Auto auf das Fahrrad umsteigen, wenn sie aufgrund von Recht-vor-Links zusätzliche Energie zum Bremsen und Beschleunigen aufwenden müssen? Tägliches Radfahren bei jedem Wetter, mit Kindern/Einkäufen, ist harte Arbeit!

Wir bringen die folgenden Anmerkungen an:

1) Es ist sehr überraschend, dass CDU und FDP, die in der Vergangenheit eher weiterhin die Autonutzung der Einführung sanfterer Mobilitätslösungen vorzogen, nunmehr vorschlagen, die Flüssigkeit des Auto- und Fahrradverkehrs zu verringern, indem sie die Vorfahrt für alle Benutzer auf drei dieser Straßen aufheben, von denen mehrere wichtige Bestandteile des Straßennetzes der Stadt sind. Eine Stadt muss bestimmte Straßen als Durchgangsstraßen nutzen können.

2) Die Aufhebung des Vorrangs von Vorfahrt auf Rechts-vor-Links führt zu höheren Energiekosten/Verschmutzung durch wiederholtes

Abbremsen/Beschleunigen der Autos. Kurzfristig kommt dies einer versteckten Energiesteuer gleich, langfristig einer versteckten Umweltzeitbombe.

3) CDU und FDP erwähnen mit keinem Wort den Radschnellweg (RSW) Straßburg-Offenburg. Zur Erinnerung: dieser RSW wurde von der Landesregierung beschlossen und wird von ihr größtenteils finanziert. Sie befindet sich bereits in der Bauplanungsphase. Es ist undenkbar, den RSW über Straßen mit Rechts-vor-Links zu führen, wie es CDU und FDP vorschlagen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Anwendung von Tempo 30-Zonen auf die vorgeschlagenen Straßen Kehl nicht auf die kommenden Herausforderungen vorbereiten wird. Angesichts der Energie- und Klimakrise muss die Stadt ihre Verkehrsinfrastruktur schnell anpassen, damit die Menschen trotz steigender Energiepreise und stagnierender Löhne mobil bleiben können. Der Versuch, wenige Tage vor der Stadtratssitzung und -abstimmung einen logisch erscheinenden Alternativplan vorzuschlagen, nachdem das monatealte Gesprächsangebot des ADFC-Kehl zur sorgfältigen Prüfung des städtischen Radverkehrsplans von der CDU/FDP ausgeschlagen wurde, ist schlicht unseriös. Wir fordern die Fraktion auf, unsere Gegenargumente an ihren Vorschlägen sorgfältig zu prüfen und die Umsetzung der Radinfrastrukturreform nicht zu verzögern. Bei der Bewältigung der Energie- und Klimakrise ist keine Zeit mehr zu verlieren.

Der ADFC-Kehl ist davon überzeugt, dass in dem von der Stadt vorgeschlagenen Fahrradstraßenkonzept ein ausgezeichneter Kompromiss zwischen dem noch notwendigen motorisierten Individualverkehr und den steigenden Zahlen Rad fahrender Menschen liegt.

Der Vorstand ADFC Kehl
16.10.22